

**Protokoll
über die 34. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Gefahrenabwehr und Ordnung
am 11.05.2017**

Beginn: 18:03 Uhr
Ende: 21:12 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6, Raum 1.029

Anwesenheit

Vorsitzender

Strauß, Manfred entsandt durch Fraktion Unabhängige Bürger

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Möller, Roman entsandt durch SPD-Fraktion

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Friedrich, Jürgen entsandt durch Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

ordentliche Mitglieder

Klein, Ralf entsandt durch CDU-Fraktion
Lemke, Klaus entsandt durch CDU-Fraktion
Micheilis, Irina entsandt durch Fraktion DIE LINKE
Voß, Peter entsandt durch Fraktion DIE LINKE

stellvertretende Mitglieder

Reinsch, Norbert entsandt durch SPD-Fraktion
Sönnichsen, Peter entsandt durch AfD-Fraktion

Verwaltung

Wilczek, Ilka
Bachmann, Marlies
Behr, Hauke Dr.
Fuchs, Harald
Könn, Tony
Nottebaum, Bernd
Stenzel, Mario
Thiele, Andreas

Leitung: Manfred Strauß

Schriefführer: Jeannine Biastoch

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 33. Sitzung vom 20.04.2017 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)
 - 4.1. Pflegekonzept "Lankower Berge" – Sicherstellung der Erlebbarkeit der Natur
Vorlage: 01012/2017
5. Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)
 - 5.1. Verbindungsweg Radfernweg Hamburg - Rügen mit Residenzstädteradrundweg
- Abschnitt Dwang-Krösnitz
Hier: Variantenprüfung auf dem Dwang
Vorlage: 01043/2017
 - 5.2. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 55.10 "Neues Wohnen am Lankower See"
Beschluss über die Stellungnahmen
Satzungsbeschluss
Vorlage: 01022/2017
 - 5.3. Bebauungsplan Nr. 103 „Hafen/Östlicher Kranweg“
- Aufstellungsbeschluss -
Vorlage: 01033/2017
 - 5.4. Bebauungsplan Nr. 67.11 "Wohnpark am Werderkanal-Nord"
- Erneuter Offenlagebeschluss -
Vorlage: 00992/2017

- 5.5. 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Landeshauptstadt Schwerin "Zippendorf" - Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 01023/2017

- 5.6. 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16.91.01 "Zippendorf"- Ehemaliges Strandhotel
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 01024/2017

- 5.7. Bebauungsplan Nr. 97.16 "Wickendorf-West"
- Erweiterung des Geltungsbereichs -
Vorlage: 01035/2017

- 5.8. Anschluss der Kleingärten in Schwerin an die Abfall- und Wertstoffeffassung und -entsorgung
Vorlage: 01042/2017

- 6. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung

Bemerkungen:

Herr Strauß eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Es wird einstimmig dafür abgestimmt, dass dem anwesenden Vorsitzenden des Kreisverbandes der Kleingärtner, dem Ortsbeirat Zippendorf und Neumühle sowie dem in Neumühle/Lankow zuständigen Schäfer ein Rederecht zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten eingeräumt wird.

Die Tagesordnung wird bestätigt. Der Punkt 3) wird auf das Ende der Sitzung verlegt.

Zu den Tagesordnungspunkten 5.1 und 5.8 sind mehr als 40 Bürgerinnen und Bürger anwesend.

**zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 33. Sitzung vom 20.04.2017
(öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 33. Sitzung vom 20.04.2017 wird besätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: -
Enthaltung: 3

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

Illegale Anpflanzungen Lankow „Am Mühlenberg“

Herr Dr. Behr erläutert die eine Problematik im Wohngebiet Lankow „Am Mühlenberg“. Hier wurden durch Anwohner öffentlichen Grünflächen illegal bepflanzt und teilweise wurden Aufbauten errichtet. Die betroffenen Anwohner wurden angeschrieben und es wurde Ihnen eine Frist zur Beseitigung der illegalen Anpflanzungen/Bebauung gesetzt. Sollte eine eigenständige Beseitigung nicht erfolgen, wird diese kostenpflichtig durch die SDS vorgenommen. In diesem Zuge werden alle abgeschlossenen Pflegebeträge in diesem Bereich gekündigt. (Ein Muster des Anschreibens an die Betroffenen ist dem Protokoll beigefügt.)

Lärmschutzaktionsplanung Eisenbahnfernstrecken

Herr Dr. Behr informiert darüber dass für Eisenbahnfernstrecken eine Lärmschutzaktionsplanung auf den Weg gebracht werden soll. Hierzu gibt es eine Bürgerbeteiligung, die leider nur im Internet publiziert wird. Herr Dr. Behr bitte die Fraktionen, diese Informationen an die Bürger weiter zu leiten, da die Bekanntgabe laut Eisenbahnbundesamt nicht über die Presse erfolgen darf. Auch über die Ortsbeiräte soll diese Information den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden.

Zusammen mit der Aktionsplanung für das Straßennetz sollen die Ergebnisse dann der Stadtvertretung vorgelegt werden.

(Ein Schreiben zur Lärmaktionsplanung ist dem Protokoll beigefügt. Es wird auf den folgenden Link verwiesen: www.laermaktionsplanung-schiene.de)

Rückschnittmaßnahmen Sparkasse in Lankow

Die Beantwortung der Anfrage von Frau Tuchel, bezüglich der Rückschnittmaßnahmen an der Sparkasse Lankow, wird Herr Behr kurzfristig nachreichen.

Herr Strauß bittet an dieser Stelle um Informationen, wie solche Eingriffe sanktioniert werden.

Uferweg - Neumühler See

Die im Zuständigkeitsbereich der Stadt befindlichen Bänke und Unterstände am Uferweg des Neumühler Sees sollten, nach Prüfung der finanziellen Möglichkeiten in Stand gesetzt werden.

Frau Wilczek: Aufgrund der Zuständigkeiten ist hier eine Kontaktaufnahme mit dem Forstamt bzw. dem Land erforderlich, da der Großteil der Wege sich nicht in städtischer Verwaltung befinden.

zu 4 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung (öffentlich)

zu 4.1 Pflegekonzept "Lankower Berge" – Sicherstellung der Erlebbarkeit der Natur

Vorlage: 01012/2017

Bemerkungen:

Herr Frank, Ortsbeirat Neumühle, erläutert die Vorlage.

Er weist darauf hin, dass auch der Verzicht auf die Einzäunung des Soll 9 mit inbegriffen sein sollte, welches aber zwischenzeitlich bereits eingezäunt wurde.

Der zuständige Schäfer (Herr Roger Meyer zur Capellen) geht auf die Beschwerden zu den mobilen Elektrozäunen (Netze) für die Schafe ein. Die Aufstellung der mobilen Zäune erfolgt nach den von der SDS zur Verfügung gestellten Plänen.

Stark genutzte Wege werden möglichst frei gehalten.

Vorfällen, z. B. mit Hunden, wie letzte Woche, soll mit der Abzäunung entgegengewirkt werden. Es werden nur die tatsächlich benötigten Flächen, und lediglich „Sonstige Pfade“ abgezäunt, Hauptpfade werden freigehalten. Die Tierbesatzstärke ist dabei durch Förderprogramme vorgeschrieben.

Herr Dr. Behr weist auf die Verkehrssicherungspflicht der Stadt am neu ausgebauten Soll hin. Die Einzäunung sei aufgrund der möglichen Gefährdung von Kindern erforderlich.

Herr Friedrich stellt den Antrag auf die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte.

Abstimmungsergebnis:

Zu Pkt. 1

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 5

Enthaltung: -

Zu Pkt. 2

Ja-Stimmen: 8

Nein-Stimmen: -

Enthaltung: 1

zu 5 Beratung zu Beschlussvorlagen aus dem Hauptausschuss (öffentlich)

**zu 5.1 Verbindungsweg Radfernweg Hamburg - Rügen mit
Residenzstädteradrundweg
- Abschnitt Dwang-Krösnitz
Hier: Variantenprüfung auf dem Dwang
Vorlage: 01043/2017**

Bemerkungen:

Herr Nottebaum informiert die Anwesenden darüber, dass durch die Stadtvertretung der Brückenneubau beschlossen wurde.

Nach Prüfung der vorgeschlagenen Lösungsvarianten für den Uferweg Dwang favorisiert die Verwaltung die Variante 1, für die hier abgestimmt werden soll.

Herrn Bartlau (Mitglieder der Bürgerinitiative) wird ein 5minütiges Rederecht eingeräumt.

Seiner Meinung nach wurden die alternativen Varianten nicht richtig geprüft. Die Bürgerinitiative plädiert für Variante 3a. Die Kosten für diese Variante wurde durch die Verwaltung zu hoch angesetzt. Die Variante bietet eine bessere Brückenanbindung, eine höhere Attraktivität und geringere Nutzungseinschränkungen.

Herr Fuchs (Untere Naturschutzbehörde) weist die Kritik von Herrn Bartlau zurück. Der Eingriff bei Variante 3a wäre nach Prüfung der Belange des Naturschutzes tatsächlich viel größer und wird für nicht genehmigungsfähig gehalten, da es hier, wegen der Eingriffe in gesetzlich geschützte Uferbereiche zur Herstellung von Sichtfenstern, keine Zustimmung der Umweltverbände geben würde.

Der Eingriff bei Variante 1 ist deutlich geringer, die Erlebbarkeit der Natur besser und Sichtfenster sind bereits weitestgehend vorhanden.

Frau Bachmann weist, bezüglich der Fördermittel, darauf hin, dass es sich um eine 80%ige Förderung handelt. Derzeit wird vom Ministerium ein Arbeitspapier entwickelt, die Fördersätze stehen noch nicht fest, aber die Chancen auf 90% stehen noch gut.

Die Ausschussmitglieder stimmten dem Beschlussvorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	4
Enthaltung:	-

zu 5.2 Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 55.10 "Neues Wohnen am Lankower See"

Beschluss über die Stellungnahmen

Satzungsbeschluss

Vorlage: 01022/2017

Dem Beschlussvorschlag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	-

zu 5.3 Bebauungsplan Nr. 103 „Hafen/Östlicher Kranweg“

- Aufstellungsbeschluss -

Vorlage: 01033/2017

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt einstimmig für die Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: -
Enthaltung: -

**zu 5.4 Bebauungsplan Nr. 67.11 "Wohnpark am Werderkanal-Nord"
- Erneuter Offenlagebeschluss -
Vorlage: 00992/2017**

Bemerkungen:

Herr Nottebaum erläutert, dass die Verwaltung für die abschließende Beurteilung noch Zeit benötigt und bittet deshalb, die Abstimmung zu verschieben.

Herr Möller erklärt, dass die Bauhöhe zu hoch sei und bittet die Verwaltung um Informationen, wie die Lärmschutzwand ausgestaltet werden soll

Herr Nottebaum nimmt die Anmerkungen von Herrn Möller zur Kenntnis für den weiteren Bearbeitungsprozess. Die Frage wird durch die Verwaltung entsprechend beantwortet.

Beschluss:

Die Abstimmung wird bis zur Wiedervorlage durch die Verwaltung verschoben.

**zu 5.5 17. Änderung des Flächennutzungsplans der Landeshauptstadt Schwerin
"Zippendorf" - Einleitungsbeschluss -
Vorlage: 01023/2017**

Dieser Tagesordnungspunkt wird gemeinsam mit dem folgenden Tagesordnungspunkt 5.6 beraten.

Der Hauptausschuss beschließt, das Verfahren zur 17. Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten.

**zu 5.6 6. Änderung des Bebauungsplans Nr. 16.91.01 "Zippendorf"- Ehemaliges
Strandhotel
Aufstellungsbeschluss
Vorlage: 01024/2017**

Bemerkungen:

Die Tagesordnungspunkte 5.5 und 5.6 werden gemeinsam beraten.

Herr Thiele stellt die Vorlage vor.

Herr Möller erklärt, dass die geplante Bebauung durch seine Fraktion abgelehnt wird, da der Charakter der Umgebung mit diesen Planungen zerstört wird.

Herr Strauß bemängelt, dass das Strandhotel als denkmalgeschütztes Gebäude dem Verfall preisgegeben wird. Die Sanierung des Hotels sollte im Vordergrund

stehen. Laut den vorliegenden Planungen erfolgt hier aber die Investition vorrangig unter dem Aspekt der Bebauung mit Wohngebäuden. Der Ortsbeirat hat diese Vorlage bereits einstimmig abgelehnt.

Herr Thiele erläutert auf Nachfrage, dass die Sanierung des Strandhotels so erfolgen wird, dass die Fassade erhalten bleibt, aber dahinter ein Neubau in Form von Ferienwohnungen errichtet wird.

Herr Möller meldet Redebedarf zu den Planungen an.
Herr Thiele steht diesbezüglich zu einer Diskussion zur Verfügung.

Herr Friedrich weist auf die Änderungsanträge seiner Fraktion hin.

Herr Lemke bittet, aufgrund der mit dem Vorhaben verbundenen gravierenden Veränderung der bestehenden Landschaft, um eine gemeinsame Erörterung mit allen Beteiligten, bevor eine Abstimmung erfolgt.
Er bittet um die Rückstellung des Punktes aufgrund von weiterem Beratungsbedarf.

Herr Strauß schlägt ebenfalls eine offene Diskussion mit Bürgerbeteiligung vor.

Herrn Friedriszik vom Ortsbeirat Zippendorf informiert über die Beratungen des Ortsbeirates zur Thematik. Die Planungen wurden einstimmig abgelehnt. Der Ortsbeirat sieht den dörflichen Charakter des Gebietes gefährdet.

Die Vorlage wird zurückgestellt.
Herr Strauß schlägt ein Zusammenkommen der Fraktionsgeschäftsführer zur Beratung, darüber vor, wie eine offene Diskussion mit Beteiligten und Anwohnern realisiert werden kann.

Nottebaum befürwortet dies und stellt klar, dass auch die verwaltungsseitig nach einer gemeinsamen Lösung gesucht wird.

Beschluss:

Die Abstimmung wird verschoben.

**zu 5.7 Bebauungsplan Nr. 97.16 "Wickendorf-West"
- Erweiterung des Geltungsbereichs -
Vorlage: 01035/2017**

Bemerkungen:

Die Vorlage wird durch Herrn Thiele erörtert.

Der Ausschuss stimmt der Erweiterung des Geltungsbereichs des Bebauungsplans Nr. 97.16 „Wickendorf-West“ zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	-

**zu 5.8 Anschluss der Kleingärten in Schwerin an die Abfall- und Wertstoffeffassung und -entsorgung
Vorlage: 01042/2017**

Bemerkungen:

Herr Nottebaum erläutert die Vorlage und die 3 möglichen Varianten. Die Verwaltung hat sich mit der Vorlage für die verpflichtende Rechtslage entschieden. Demnach soll die geltende Satzung zur Anwendung kommen, welche allerdings auch einen Befreiungstatbestand eingeräumt. So können vorgelegte Befreiungsanträge entsprechend geprüft werden.

Herr Görs, Vorsitzender des Kreisverbandes der Kleingärtner, kritisiert das durchgeführte Pilotprojekt, welches seines Erachtens unter unwirklichen Optimalvoraussetzungen durchgeführt wurde, die nicht auf die übrigen Gartenvereine umgelegt werden können. Des Weiteren gibt es weitere Bedenken - so wären die Kleingartenvereine selbst für die Unterhaltung der Stellplätze sowie die Verbringung der Abfallbehälter zum Abholpunkt zuständig. Ebenso wird befürchtet, dass durch die Sammelplätze Ratten und Waschbären angezogen werden.

Herr Strauß und Herr Voss möchten für Ihre Fraktionen einen Änderungsantrag einbringen, so dass § 7 Abs. 3 der Satzung insoweit ergänzt wird, dass dies nicht für Kleingartenanlagen gilt.

Herr Lemke bittet, den Beschluss zur Vorlage zur weiteren Beratung zu verschieben.

Herr Lemke bittet um Unterbrechung der Sitzung. Dem wird stattgegeben, die Sitzung wird für ca. 10 Minuten unterbrochen.

Herr Strauß stellt, den Antrag, zum Änderungsantrag, trotz Rückstellungsantrag von Herrn Lemke, abzustimmen, weil die Thematik bereits ausgiebig diskutiert wurde.

Hierzu wird wie folgt abgestimmt:

Ja: 4

Nein: 5

Enthaltungen: -

Der gemeinsame Änderungsantrag der UB-Fraktion und der Fraktionen DIE LINKE wird entsprechend eingebracht und in der nächsten Beratung zur Abstimmung vorgelegt.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wurde vertagt.

Es wird ein Änderungsantrag der Fraktionen Unabhängige Bürger und Die LINKE eingereicht.

**zu 6 Sonstiges
Bemerkungen:**

Radfernweg Hamburg-Rügen

Frau Wilczek informiert dass die Einreichung des Antrages Fördermittelgeber

erfolgt ist. Zwischenzeitlich erfolgte ein Zuständigkeitswechsel zum Energieministerium. Von dort kam die Forderung der Ausgestaltung des Radweges mit einer durchgängigen Asphaltdecke auch im Bereich des Westufers vom Lankower See. Eine wassergebundene Decke in Teilabschnitten dieses Bereiches wird nach ersten zustimmenden Signalen nun abgelehnt. Wassergebundene Decken können nur in ganz bestimmten Gebieten, z. B. Naturschutzgebieten und Nationalparks, naturschutzrechtlich von der Naturschutzbehörde durchgesetzt werden.

Herr Dr. Behr kritisiert diese Entwicklung. Bisher gibt es aber keine rechtlichen Möglichkeiten für die abschnittsweise Durchsetzung der wassergebundenen Decke im Landschaftsschutzgebiet. Diese neue Forderung des Fördermittelgebers führt nun zu einem erhöhten Planungs- und Kompensationsaufwand.

Herr Strauß und Herr Möller halten die Aufbringung einer Asphaltdecke am Lankower See für absolut nicht tragbar.

gez. Manfred Strauß

Vorsitzende/r

gez. Jeannine Biastoch

Protokollführer/in